

Bürgerkrieg in Kongo-Zaire Bedrohung für die Stabilität in Zentralafrika

In Europa weitgehend durch den Kosovo-Konflikt verdrängt, ist in Afrika ein Krieg von beinahe kontinentalem Ausmaß im Gange, der sich fast ohne Unterbrechung vom Roten Meer bis hin zum atlantischen Ozean erstreckt. Während die Wurzeln einiger dieser Konflikte bereits Jahrzehnte zurückliegen, hat die jüngste Phase, in die ein knappes Dutzend afrikanischer Staaten involviert sind, vor knapp einem Jahr begonnen. Das zentrale Schlachtfeld dieses Konflikts ist die „Demokratische Republik Kongo“ (DRC), das frühere Zaire, wo eine Kombination aus internationaler Intervention, Bürgerkrieg und ethnischen Konflikten jene fragile Stabilität bedroht, die Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem friedlichen Machtwechsel in Südafrika erreicht hatte. Der Krieg in der DRC ist ein rein afrikanischer Konflikt, der praktisch keine Verbindungen mit den einstigen europä-ischen Kolonialmächten oder mit den Supermächten des Kalten Krieges aufweist.

Gegenwärtig werden auf dem Territorium der DRC abgesehen vom Bürgerkrieg in Kongo-Zaire weitere fünf Bürgerkriege ausgetragen. Uganda, Angola, Burundi, Sudan und Ruanda sind alle in mehr oder minder offene Bürgerkriege verwickelt, deren tatsächliche oder vermeintliche Bedrohungen ausgehend von entsprechenden Rebellengruppen auf dem Staatsgebiet der DRC, diese Staaten zum Eingreifen veranlaßt haben. Auch der Bürgerkrieg in Kongo-Brazzaville wird bereits von den kriegerischen Ereignissen im ehemaligen Zaire beeinflusst.

Rückblick

Im Mai 1997 übernahm Laurent-Desire Kabila die Macht in Kinshasa. Getragen von einer Koalition der Staaten Zentralafrikas (Ruanda, Uganda und Angola) und mit Zustimmung der USA beendete Kabila nach 32 Jahren die Herrschaft von Diktator Mobutu Sese Seko in Zaire und benannte das Land in Demokratische Republik Kongo um. Ausgangspunkt des Aufstandes war der Osten des Landes, die Provinz Kivu, in der vor allem die Banyamulenge-Tutsi leben, die zu den Trägern der Rebellion unter Führung Kabilas zählten. Nur 15 Monate später, am 2. August vergangenen Jahres brach im Osten Kongo-Zaires neuerlich ein Aufstand aus; dieses Mal aber richtete und richtet sich die Rebellion gegen Kabila selbst, der zunehmend bemüht war, sich seiner früheren Verbündeten, der Banyamulenge, aber auch Ruandas und Ugandas zu entledigen und Vertreter der Tutsis schrittweise aus den Schalthebeln der Macht entfernte. Die Gründe für die Rebellion liegen aber auch im Versagen Kabilas selbst. Ihm ist es nicht gelungen, die sicherheitspolitischen Forderungen seiner Nachbarn (vor allem Ruandas und Ugandas) zu erfüllen, die wirtschaftliche Lage Zaires zu verbessern, die Korruption zu beseitigen und - so er dies überhaupt wollte - die angekündigten demokratischen Reformen einzuleiten.

Nach 32 Jahren Herrschaft hat Diktator Mobutu seinem Nachfolger ein ausgeblutetes Land hinterlassen. Während Mobutu bis zu vier Milliarden US-Dollar außer Landes geschafft haben soll, beträgt die internationale Verschuldung Zaires etwa 15 Milliarden Dollar. Die Infrastruktur des Landes, das fast 30mal so groß ist wie Österreich, verfällt. In einem Land mit 44 Millionen Einwohnern und einem Territorium, das doppelt so groß ist wie Spanien, die Benelux-Staaten und Frankreich zusammen - gibt es nur etwa 2.000 Kilometer benutzbarer Straßen. Der Bergbau - eine der größten Hoffnungen Zaires - liegt darnieder. Die Fördermenge der staatlichen Bergbaufirmen ist auf ein Zehntel des Wertes vor zehn Jahren gesunken. In der Provinz Shaba (zu deutsch Kupfer), dem früheren Katanga und der Heimat Kabilas, wurden in den achtziger Jahren 500.000 Tonnen Kupfer und fast 100.000 Tonnen Kobalt gefördert. Mißwirtschaft, Korruption, ein veralteter Produktionsapparat sowie Plünderungen durch meu-

ternde Armee-Einheiten führten dazu, daß die Produktion auf 35.000 Tonnen Kupfer und weniger als 4.000 Tonnen Kobalt zurückgingen. Das Bruttoinlandsprodukt gemessen an der Zahl der Bevölkerung lag 1995 bei 120 US-Dollar und soll damit geringer sein, als bei Erlangung der Unabhängigkeit von Belgien im Jahre 1960.

Rebellion und Unruheprovinz

All diese Faktoren sowie ethnische Spannungen in einem Land mit etwa 250 Volksgruppen und Ethnien bildeten den Nährboden für den Sturz Mobutus und den Aufstand gegen Kabila, der nicht nur von den Banyamulenge-Tutsis, sondern auch von anderen oppositionellen Gruppen getragen und angeblich - unter anderem von ehemaligen Gefolgsleuten Mobutus von Südafrika aus - finanziert wird. Unmittelbar vor Beginn des Aufstandes gründeten die Rebellen eine politische Organisation, die Kongolesische Sammlungsbewegung für Demokratie (RCD). Zum RCD-Vorsitzenden wurde der 57jährige Historiker Ernest Wamba dia Wamba ernannt, der in Tansania gelebt hatte und nicht als Führungsfigur der Opposition in Erscheinung getreten war. Der ehemalige UNESCO-Beamte und weit prominentere Oppositionspolitiker Arthur Zahidi Ngoma - ein Gegner Mobutus und Kabilas - sagte, die Wahl sei auf Wamba gefallen, um zu zeigen, daß die Rebellion ein Kampf aller Kongolesen gegen die Diktatur sei. Diese ihm zugedachte Rolle hat Wamba dia Wamba jedoch in den zehn Monaten nach seiner Wahl nicht zu erfüllen vermocht. Seine Popularität bzw. die der Rebellen im besetzten Osten Zaires ist begrenzt. Wamba soll weder Lingala noch Swahili - die beiden dominierenden Sprachen in der DCR - beherrschen noch über Charisma verfügen. Zehn Monate nach Beginn des Aufstandes wurde er abgesetzt und durch Dr. Emile Ilunga ersetzt. Ilunga ist Arzt, lebte lange Jahre in Angola und unterstützte Laurent Kabila 1996 beim Sturz Mobutus. Wamba dia Wamba hat die Entmachtung nicht akzeptiert. Generell sind die Aufständischen in zumindestens drei Gruppen gespalten, wobei die Differenzen zwischen den Rebellen auch jenen latenten Konflikt widerspiegeln, der zwischen Uganda und Ruanda im Zusammenhang mit der Führung des Krieges in der DRC besteht.

Unmittelbarer Auslöser der Rebellion vor zehn Monaten dürfte auch Kabilas Aufforderung an das benachbarte Ruanda gewesen sein, seine Truppen aus dem Osten Zaires abzuziehen. Diese Forderung wurde vor allem von den Banyamulenge abgelehnt, die die ruandischen Soldaten im Land wissen wollten, um ihre Stellung gegenüber der Zentralregierung in Kinshasa zu sichern. Den Banyamulenge war noch unter Mobutu im Jahre 1972 die Staatsbürgerschaft Zaires aberkannt worden; auch Laurent Kabila hat diesen staatenlosen Zustand nicht beseitigt und vor Ausbruch des Aufstandes neuerlich Ressentiments gegen die Tutsi geschürt.

Die Tutsis vom Stamm der Banyamulenge sind bereits seit über drei Jahrzehnten ein Unruhefaktor im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Das wehrhafte Hirtenvolk wanderte vor 200 Jahren aus dem heutigen Ruanda in die Region Südkivu ein, die nach dem gleichnamigen See benannt ist, der zwischen Zaire und Ruanda nicht weit vom Dreiländereck mit Burundi liegt. Dort fristen die Banyamulenge eine unsichere Existenz, oft in Feindseligkeiten mit Nachbarvölkern verwickelt. Doch diese Konflikte blieben regional und zeitlich begrenzt und wurden von der Weltöffentlichkeit nicht wahrgenommen. Endgültig geriet das Gleichgewicht zwischen Banyamulenge und den bereits länger in der Gegend ansässigen Völkern erst aus den Fugen, als 1994 Hutu-Flüchtlinge aus Ruanda massenhaft in die Region strömten.

Zu einer weiteren Eskalation kam es nach der Ermordung des demokratisch gewählten Hutu-Präsidenten von Burundi, Melchior Ndadaye, durch Tutsi-Militärs. Der Umsturz brachte in Burundi die Tutsi-Minderheit wieder an die Macht und hatte Morde an Hutus zur Folge, die zu Tausenden ins zairische Grenzgebiet flohen. Dort ergriffen sie die Partei der alteingesessenen Bevölkerung gegen die Banyamulenge-Tutsis. Auch aus Ruanda strömten 1994 nach dem Sieg der von Tutsis dominierten Patriotischen Front (FPR) hunderttausende Hutu-Flüchtlinge

ins Kivu-Gebiet ein. Unter ihnen waren zahlreiche Teilnehmer der Massaker, denen in den Monaten zuvor in Ruanda mindestens 500.000 Tutsis und gemäßigte Hutus zum Opfer gefallen waren.

Interessen Ruandas, Ugandas und Burundis

Die Rebellion gegen Kabila erzielte rasch auch militärische Erfolge. Im Osten wurde die Provinz Kivu besetzt, ein Umstand der auch den Interessen der Nachbarstaaten Ruanda und Uganda dient. Diese beiden Länder - Verbündete der USA - sehen ihre Stabilität vor allem durch wiederholte Übergriffe von Milizen bedroht, die von zairischem Staatsgebiet aus operierten. Diese Angriffe verschiedenster Milizen konnte oder wollte Kabila nie unterbinden, ein Umstand der wesentlich dazu beitrug, daß die Allianz zerbrach, die Kabila an die Macht gebracht hatte. Auch die Stadt Kisangani, ein Handelszentrum mit einem wichtigen Flughafen, 1200 Kilometer nordöstlich von Kinshasa fiel in der Hand der Rebellen. Im Westen mußten die Aufständischen bei ihrem Marsch auf Kinshasa jedoch einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen. Durch das Eingreifen angolischer Truppen von der ölreichen Enklave Cabinda aus, verloren sie den Militärflughafen Kitona. Damit brach die Luftbrücke zusammen, die die Rebellen mit Nachschub aus Goma im Osten Zaires versorgte. Der anfangs erfolgreiche Marsch auf die Hauptstadt Kinshasa scheiterte. Das Eingreifen Angolas und auch Zimbabwes veranlaßte Ruanda, Uganda und Burundi, selbst mit einer offenen militärischen Intervention zu drohen und diese auch durchzuführen. Vor allem Ruanda dürfte an einer Buffer-Zone in Kivu interessiert sein, nicht zuletzt auch deshalb, um den enormen Bevölkerungsdruck im eigenen Land mindern zu können. So weist Ruanda, das nur etwa ein Viertel der Fläche Österreichs besitzt, eine Bevölkerungsdichte von 243 Einwohnern je Quadratkilometer auf (Österreich: 96 je Quadratkilometer).

Die militärische Niederlage der Rebellen im Westen hat jedoch nicht zu einem Ende des Krieges in der DRC geführt, im Gegenteil. Die Aufständischen kontrollieren vor allem den Osten und Teile des Nordens, insgesamt etwa ein Drittel des Territoriums des ehemaligen Zaire. In ihre Hand gefallen sind jüngst auch Kabilas Geburtsstadt Manono, etwa 800 Kilometer von der Provinzhauptstadt Lubumbashi entfernt. Hauptziel der Rebellen ist jedoch die Stadt Mbuji-Mayi, ein Zentrum der Diamantengewinnung. Während das Diamantengeschäft in der Stadt Kisangani, die bereits in der Hand der Rebellen ist, bis zu drei Millionen US-Dollar pro Monat einbringt, liegen die Erlöse in Mbuji-Mayi zehnmal höher. Sollte diese Stadt, die auch der Schlüssel zum Zugang in den Süden und Westen des Landes darstellt, in die Hände der Aufständischen fallen, wäre das ein nicht zu unterschätzender Rückschlag für Kabilas Koalition, die ihren Krieg ebenfalls aus dem Land selbst durch den Verkauf von Rohstoffen finanziert; daß dabei auch in die eigene Tasche gewirtschaftet wird, ist klar. So werden nicht nur die Truppen Simbabwes, sondern auch die Einheiten Angolas und Namibias von Kabila mit Einnahmen aus der Diamanten-, Gold- und Kupferproduktion bezahlt, wobei die Soldaten dieser drei Staaten vor allem die Eroberung der Bergbauregionen im Süden des ehemaligen Zaires verhindern sollen. Im Norden und in weiten Teil des Osten Zaires kontrollieren wiederum Uganda und Ruanda vor allem den Diamantenhandel, wobei vor allem Uganda auch in anderer wirtschaftlicher Hinsicht - durch Exporte seiner Güter in die besetzten Gebiete - vom größer gewordenen Wirtschaftsraum und damit vom Krieg profitiert.

Simbabwe und Angola greifen ein

Für das Eingreifen Simbabwes auf Seiten Kabilas werden zumindest drei Gründe genannt. Zum einen besteht eine gewisse Rivalität zwischen Robert Mugabe und dem damaligen südafrikanischen Staatspräsidenten Nelson Mandela, der international aber auch in Afrika die höchste Reputation genoß und genießt. Ein Erfolg in Kongo-Zaire würde somit die Bedeutung

Mugabes in der Region erhöhen. Überdies hat Simbabwe derzeit mit einer der schwersten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen seit der Unabhängigkeit vor 18 Jahren zu kämpfen. Eine Ablenkung des Volkes auf außenpolitische Ereignisse kommt Mugabe daher zweifellos gelegen. Drittens soll die Industrie Simbabwes die Machtergreifung Kabilas in Kongo-Zaire mit Waffen und Material im Wert von umgerechnet 1,2 Milliarden Schilling unterstützt haben, eine „Investition“ die gänzlich abzuschreiben wäre, sollte Kabila diese Rebellion zumindest politisch nicht überleben.

Diese Überlegung gilt auch für Angola, doch gibt es nach Ansicht westlicher Experten für die Führung in Luanda noch ein weit stärkeres Motiv und zwar die Hoffnung, die Nachschubwege der UNITA-Rebellen über den Südwesten Kongo-Zaires zu zerschlagen und von dort aus die Kontrolle über die Diamantengruben im eigenen Land - und vielleicht auch über einige auf kongolesischem Gebiet zu erringen. In der Ära Mobutu war Zaire das Rückzugsgebiet der UNITA, ein Hauptgrund für das Interesse Angolas am Sturz Mobutus. UNITA-Chef Jonas Savimbi, dessen Guerilla-Armee sich nicht an den im November 1994 in Lusaka unterzeichneten Friedensvertrag hält, ist zwar von den USA und Südafrika fallen gelassen worden, doch finanziert Savimbi seine etwa 25.000 Mann umfassende Streitmacht durch illegale Diamantenverkäufe im Wert von etwa 6,3 Milliarden Schilling pro Jahr. Da die angolanischen Streitkräfte glaubten, den Truppen Savimbis klar überlegen zu sein, sollte die „brüderliche Hilfe“ für Kabila auch der Auftakt für die endgültige Abrechnung der angolanischen Führung und Präsident dos Santos mit der UNITA und Jonas Savimbi sein. Angola verfügte nach Südafrika über die „schlagkräftigste“ Luftwaffe Schwarzafrikas, während Zaires Luftstreitkräfte de facto nicht existieren und auch die Armee nur eine geringe Stärke und eine noch geringere Kampfkraft aufweist. Insgesamt haben Angola und Simbabwe einige tausend Mann, Kampfflugzeuge und Panzer zur Unterstützung geschickt; Namibia wieder hat mehrere Tonnen an Ausrüstung und Bewaffnung nach Kinshasa gesandt und soll auch mit etwa 100 Soldaten präsent sein.

Die Rechnung Angolas ist bisher jedenfalls nicht aufgegangen. Angola kämpft an drei Fronten, intern gegen die UNITA, in der DRC sowie im Bürgerkrieg in Kongo-Brazzaville. Diese Überdehnung seiner Kräfte hat die MPLA-Führung in Angola mit empfindlichen militärischen Rückschlägen gegen die UNITA bezahlt, sodaß das Interesse in Luanda an einer Beilegung des Bürgerkrieges in der DRC zunehmen dürfte.

Konsequenzen

Das Eingreifen der Nachbarstaaten in den Aufstand in Kongo-Zaire bedroht nicht nur die territoriale Integrität des Landes, sondern könnte auch zu einem regionalen Flächenbrand werden, der die gesamte, ohnehin fragile Stabilität in Zentralafrika in Frage stellt und dessen wirtschaftliche Entwicklung noch weiter zurückwirft, sollte es nicht gelingen, eine Verhandlungslösung zu finden. Um eine politische Lösung hat sich vor allem Südafrika unter Präsident Mandela bemüht. Mandela berief eine Konferenz der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) nach Pretoria ein und unterbreitete einen Zehn-Punkte-Plan zur Lösung des Konflikts. Das Treffen wurde jedoch von den Staatschefs Simbabwes und Angolas boykottiert, auch Kabila selbst nahm nicht teil, schickte jedoch einen Vertreter. Damit sind auch die Gegensätze innerhalb der SADC deutlich geworden, deren stabilisierende Rolle durch die Spannungen zwischen Südafrika und Simbabwe stark eingeschränkt ist. Die Chancen auf einen Frieden in Zaire sind daher nicht besonders hoch einzustufen, nicht zuletzt deswegen, weil sich auch die USA, Frankreich und Großbritannien bisher weitgehend auf die Evakuierung ihrer Staatsbürger aus Zaire beschränkt haben und auch keine vitalen Interessen der USA (wie sie hinsichtlich der Situation in Ruanda bestehen) unmittelbar bedroht sind.

Gescheiterte Friedensbemühungen

Mehr als ein Dutzend Gipfeltreffen und Gespräche auf Ministererebene zur Beendigung des Kriegs in der und um die DRC haben seit Beginn des Krieges vor zehn Monaten bisher stattgefunden. Die meisten derartigen Verhandlungen fanden unter den Auspizien der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) im Rahmen des Lusaka Friedensprozeß statt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Gipfeltreffen bei den Viktoria Fällen (August und September 1998), in Pretoria (August 1998), in Paris (Gipfeltreffen der frankophonen Staaten Afrikas (November 1998); bei Durban im Rahmen der OAU (Dezember 1998) in Windhoek (Jänner 1999) und in Harare (Juni 1999). In Syrte in Libyen fanden Mitte April ebenfalls Friedensgespräche statt, an denen die DRC, der Tschad, Uganda und Eritrea teilnahmen. Ruanda und die Rebellengruppen waren nicht vertreten. Bei dem Treffen in Syrte wurde unter anderem der Abzug der ausländischen Truppen beschlossen, eine Vereinbarung, an die sich der Tschad, nicht aber Uganda schließlich gebunden fühlte.

Das Scheitern aller bisherigen Friedensbemühungen liegt vor allem daran, daß bisher keine der beiden Allianzen zur Überzeugung gelangt ist, daß der Krieg nicht doch mit militärischen Mitteln zu gewinnen ist; außerdem wird der Krieg der ausländischen Mächte auf dem Territorium der DRC vor allem durch den Abbau und den Verkauf von Rohstoffen finanziert, sodaß die finanzielle Belastung für die involvierten ausländischen Mächte bisher weitgehend kalkulierbar geblieben ist. Drittens spielen beide Mächtekonstellationen bisher auf Zeit; dahinter dürfte nicht zuletzt die Hoffnung stehen, daß die jeweils andere Koalition wegen interner Probleme der beteiligten Staaten zum Einlenken gezwungen werden kann. Deutlich wird dies etwa am Beispiel Angolas, das derzeit de facto einen Dreifrontenkrieg führt: im Land gegen die UNITA, die beachtliche Erfolge erzielte, in der DRC sowie im Bürgerkrieg in Kongo-Brazzaville. Aber die Koalition der Rebellen steht vor nicht zu unterschätzenden Problemen; deutliches Indiz dafür sind die de facto Spaltung der Bewegung der Aufständischen sowie gewisse Differenzen zwischen Uganda und Ruanda hinsichtlich der Kriegführung, die nicht zuletzt mit der Frage in Verbindung stehen, ob Laurent Kabila für eine gewisse Übergangsperiode als Präsident der DRC akzeptabel ist oder nicht. Kabila selbst hat seine autokratische Herrschaft im Westen des Landes etwas gelockert, politische Parteien unter Auflagen wieder zugelassen und sich nun grundsätzlich bereit erklärt, auch mit den Rebellen zu verhandeln. Kabila zeigte sich auch bereit, einen Waffenstillstand zu akzeptieren - allerdings nur auf der Grundlage der UNO-Resolution 1234, die den Rückzug aller ausländischen Truppen vom Territorium der DRC vorsieht, eine vor allem für Ruanda inakzeptable Verhandlungsposition. In diesem Sinne hat Kabila auch erst Mitte Juni wieder zum „totalen Krieg“ gegen Ruanda aufgerufen. Überhaupt hat sich Kabila in seiner „Kriegspropaganda“ vor allem darauf gestützt, die Ressentiments gegen Ruanda aber auch gegen die Tutsis zu schüren, die in der Bevölkerung des ehemaligen Zaires äußerst „unbeliebt“ sind.

IISS kritisiert Desinteresse des Westens an Konfliktlösung

Die zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen in Afrika haben den Kontinent nach Einschätzung des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) um fast vier Jahrzehnte zurückgeworfen. Mehr als 20 der 45 Länder des südlichen Afrika seien 1998 direkt oder indirekt in Kriege verwickelt gewesen, stellt das Institut in seinem Anfang Mai in London veröffentlichten Jahresbericht fest. Eine rasche Befriedung der Krisenherde ist nach Ansicht der Londoner Experten unwahrscheinlich, zumal sich der Westen zunehmend aus der Konfliktlösung zurückziehe und damit die strategische Bedeutung Afrikas unterschätze. Aber auch die afrikanischen Machthaber trügen eine Mitschuld, da sie darauf pochten, ihre Probleme alleine zu lösen und dabei auch vor militärischer Gewalt und Verletzung der Grenzen nicht zurückschreckten.

Bisher interne Konflikte weiten sich nach Erkenntnis des IISS zusehends zu regionalen und grenzüberschreitenden Kriegen aus. Die Ursachen seien vor allem wirtschaftlicher Art; gekämpft werde etwa um Diamanten und Edelmetalle. Ein Beispiel dafür sei der Bürgerkrieg in Sierra Leone, der sich nach Einschätzung des Londoner Instituts auch über die Landesgrenzen hinaus ausbreiten könnte. Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen würden die afrikanischen Länder, die schon jetzt das Schlußlicht bei der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung bildeten, noch weiter zurückgeworfen, heißt es in dem Bericht weiter.

Als gefährlichsten Konflikt stuft das IISS die Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo ein, in die sieben Länder verwickelt sind und dessen Wurzeln in dem Beitrag dargestellt worden sind. Kongo komme in Zentralafrika eine Schlüsselposition zu; die weitere Entwicklung des Landes sei entscheidend für die Stabilität in der Region, urteilt das IISS.

Quellen:

International Crisis Group (ICG) Reports:

„How Kabila Lost His Way“, (Mai 1999)

„Africa's Seven Nation War“, (Mai 1999)

Jahresbericht des IISS, London (Mai 1999)

WEHRSCHÜTZ Christian F., Mag.
Journalist beim ORF-Fernsehen, Planung Ausland.